



## AVE-Spezial vom 9. Dezember 2013

---

### **AVE begrüßt Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD im Bereich Außenwirtschaft**

Nachdem die allseitige Zustimmung zu dem zwischen CDU/CSU und SPD vereinbarten Koalitionsvertrag gesichert erscheint, finden Sie nachfolgend kurz das Wichtigste im Bereich Außenwirtschaft. Um es vorweg zu nehmen: Zwar spielen außenwirtschaftliche Themen im Koalitionsvertrag vom Umfang her nur eine bescheidene Rolle, doch kann sich die AVE mit allen dort getroffenen Feststellungen und Forderungen identifizieren, im Einzelnen:

Die Koalition spricht sich für eine verlässliche Regelung des freien und fairen Welthandels im multilateralen Rahmen der Welthandelsorganisation WTO aus, um wachsende Stückverstöße gegen die WTO zu vermeiden. Dabei sollen die Entwicklungsländer in das globale Handelssystem einbezogen werden. Im Rahmen der soeben beendeten 9. Ministerkonferenz auf Bali ist man diesen Zielen ein Stück näher gekommen.

Nichts desto weniger befürwortet die Koalition einen vollständigen Abschluss der laufenden Doha-Runde. Dies ist aus AVE-Sicht ebenso zu begrüßen wie der geforderte zügige Abschluss des Freihandelsabkommens der EU mit den USA und mit dynamisch wachsenden Schwellenländern. In diesen Abkommen sollen (wie schon bisher) die ILO-Kernarbeitsnormen festgeschrieben werden.

Darüber hinaus plädiert die Koalition für eine Fortentwicklung der bewährten Instrumente der Außenwirtschaftsförderung. Zwar wird die Importförderung nicht explizit erwähnt, doch war dies bislang in keinem Regierungsprogramm der Fall.

Schließlich spricht sich die Koalition für eine verantwortungsvolle Unternehmensführung auf internationalen Märkten nach dem Prinzip der Freiwilligkeit aus. Was dies konkret bedeutet, bleibt zwar offen, doch korrespondiert die ausdrückliche Erwähnung des Prinzips der Freiwilligkeit ebenso mit den Vorstellungen der AVE wie der im Vertrag enthaltene Hinweis auf eine breite Wahrnehmung und Anwendung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen.

Die Aussagen des Koalitionsvertrags im Bereich Außenwirtschaft bestätigen einmal mehr unsere jahrzehntelang gemachten Beobachtungen, dass die außenwirtschaftlichen Ziele parteiübergreifend weitgehend identisch sind.

## AVE-Spezial vom 9. Dezember 2013

---

Das Kapitel "Wirtschaftliche Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung" trägt aus nachvollziehbaren Gründen wieder mehr die Handschrift der SPD. Gleichwohl will die Koalition auch weiterhin die Zusammenarbeit der deutschen Wirtschaft im Rahmen von Public Private Partnership-Projekten unterstützen und auf der Basis einer ausgeglichenen Rollenverteilung von Staat und Privatwirtschaft den Auf- und Ausbau des privaten Sektors in den Entwicklungsländern fördern, sofern dies einer nachhaltigen, sozialen und ökologischen Entwicklung dient.

Stefan Wengler

---

---